

## AUSSPRACHE

Neinsagen ist nicht genug

Mein Aufsatz „Plädoyer für eine neue Politik“ in Heft 3/1964 hat sein erstes Ziel erreicht: Er hat Widerspruch hervorgerufen und eine Diskussion in Gang gebracht. Ob er sein Hauptziel erreichen wird, nämlich Entwurf und Ausführung einer neuen Deutschlandpolitik der Bundesregierung sowie einer völlig neu fundierten Innenpolitik, steht dahin. Daß man dergleichen nicht allein und nicht mit einem einzelnen Aufsatz erreichen kann, liegt auf der Hand. Deshalb jedoch zu schweigen, käme bei einem Publizisten der Bankrotterklärung gleich.

*Herbert Weidlich* hat (Nr. 5/1964) meinen Satz, die Bundesrepublik werde in der deutschen Frage nicht weiterkommen, „solange es stillschweigend oder ausdrücklich ihr Ziel bleibt, das dortige Regime zu beseitigen“, mißverstanden. Natürlich muß unser Ziel sein, in der DDR menschenwürdige Verhältnisse herbeizuführen. Das kann aber nur ein langwieriger Prozeß sein, der unter den gegebenen weltpolitischen Verhältnissen nicht durch die Beseitigung, sondern nur durch die schrittweise zu fördernde Veränderung des dortigen Regimes vorangetrieben werden kann. Ich bezweifle nicht, daß dieser Prozeß auch ohne Mitwirkung der Bundesrepublik ablaufen wird. Ich meine aber, daß wir ihn durch eine faktische Anerkennung wesentlich beschleunigen könnten. •— Im übrigen sehe ich keine Schwierigkeit, mich mit Weidlich nach dem britischen Rezept der Toleranz „Let us agree to differ!“ darüber zu verständigen, daß wir manche Dinge verschieden sehen, daß aber nur die weitere Entwicklung entscheiden kann, wer von uns recht hat.

## 2

Dieses Übereinkommen mit *Otto Wollenberg* (Nr. 6/1964) zu treffen, halte ich für nahezu aussichtslos, da er in die deutsche Unart der persönlichen Aggressivität verfällt und mich ob meiner von der seinigen abweichenden Ansicht mit „Generationen von Opportunisten, Mitläufern und Wirrköpfen“ in einen Topf wirft — hauptsächlich weil ich Machiavelli zitiert habe. Warum der große Florentiner oder auch Bismarck einem Politiker oder Publizisten der deutschen Linken heute nichts mehr zu sagen haben sollen, vermag ich nicht zu erkennen.

Die Entgegnung auf Wollenberg fällt mir aber auch deshalb schwer, weil er wiederholt gegen mir unterstellte Behauptungen polemisiert, die ich entweder nicht oder nicht in der von ihm zitierten Form getan habe. Ich habe nirgends „kurz und bündig erklärt, die Politik der Bundesrepublik habe vollendeten Schiffbruch erlitten“. Ich habe geschrieben, „daß die damals (1949) gewählte Politik sich erschöpft hat“. Wer möchte das heute ernstlich bezweifeln? — Ich habe nicht (laut Wollenberg) geschrieben: „Weil wir keine Antwort auf die deutsche Frage haben, ist die Wiedervereinigung noch nicht erreicht.“ Sondern ich habe sinngemäß argumentiert: weil wir mit der bisherigen Politik nicht zum Ziele gekommen sind, brauchen wir eine neue Antwort auf die deutsche Frage. Die beiden Beispiele mögen genügen.

In einem wichtigen Punkt möchte ich Wollenbergs Auffassung widersprechen. Er schreibt: „Das Pankow-Regime als Beauftragter einer ausländischen Macht hat nichts gemeinsam mit dem deutschen Volk... Es ist vor allem ein Werkzeug großrussischer Politik.“ Ich möchte dem die Anfang Mai in Wien geäußerte Ansicht *Willy Brandts* entgegenhalten, daß es falsch sei, in Ulbricht nur ein Werkzeug Moskaus zu sehen, und daß sich die meisten Bewohner der Bundesrepublik völlig falsche Vorstellungen von den Verhältnissen in der DDR machten. — Beides ist heute schon die Auffassung derjenigen Bundesbürger, die sich über die Entwicklung jenseits der Zonengrenze ohne Scheuklappen informieren.

Abschließend eine Anmerkung zu Wollenbergs Vermutung, daß ich „einen sehr schwierigen Weltprozeß mit einer taktischen Tagesaufgabe zu verwechseln“ schiene. Davon kann keine Rede sein. Im Gegensatz zu der heute in Westdeutschland vorherrschenden Auffassung, daß wir geduldig abwarten müssen, bis eines Tages uns die Wiedervereinigung auf eine Weise zufalle, die niemand (auch Wollenberg nicht) auch nur in Umrissen beschreiben kann, meine ich, daß solches Zuwarten auf unbestimmte Zeit in der DDR zur Konsolidierung der dortigen gesellschaftlichen und politischen Ordnung und zur Festigung der wirtschaftlichen Stabilität beitragen und damit das — keineswegs nur bei Ulbricht vorhandene — Selbstbewußtsein dieses andern deutschen Staates immer weiter fördern müsse. Dann aber wird eines Tages der Graben so breit geworden sein, daß ein Brückenschlag unmöglich werden könnte.

Darum fordere ich eine neue Politik der Bundesregierung. Wer meinen Vorschlag ablehnt, möge eine positive Alternative vortragen. Neinsagen ist nicht genug.

*Dr. Helmut Lindemann*

### Oder-Neiße-Linie, Außenpolitik und Wiedervereinigung

In einer durchaus erwünschten Weise hat *Herbert Marzian* in Heft 6/1964 auf meine Würdigung des Buches „Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik“ von *Georg Bluhm* (Heft 3/1964) reagiert — erwünscht, weil sachlich, freilich nicht unbedenklich. Denn die Argumente, die er gegen eine mögliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie anführt, bewegen sich gerade auf derjenigen ideologischen Ebene, die dem deutschen Volke die Niederlage von 1945 eingebracht hat. *Hitlers* Überfall auf Polen, unterstützt von *Stalin*, war ein notorischer Banditenstreich. Er hat die neue Völkerwanderung der Slawen nach

dem Westen hin heraufbeschworen, übrigens unter sehr weitgehender Billigung der jetzt von Polen besetzten Gebiete etwa Mittel- und Niederschlesiens, die den Nazis bei den letzten freien Wahlen vom 5. März 1933 mehr als 50 vH ihrer Stimmen gaben, nachdem vorher ein *Hugenberg* den „Ritt nach dem Osten“ angekündigt hatte. Die Tatsache eines leichtfertig entfesselten Weltkrieges läßt sich ebensowenig leugnen wie die andere der vollendeten Niederlage. Darüber helfen rechtspolitische Erwägungen nun einmal nicht hinweg.

Über den Vorwurf, einer polnischen These zum Opfer gefallen zu sein, sind der inzwischen verstorbene Herausgeber Professor *Bergstraesser* und sein Verleger *Rombach*, beide der CDU nahestehend, ebenso erhaben wie der Rezensent und ich glaube auch der Verfasser. Es ist jedoch gefährlich, einen so schwerwiegenden Vorwurf auch nur anzudeuten. Marzian liefert dafür ein geradezu klassisches Beispiel. Die polnische These bedeute, so schreibt er nun wörtlich, „doch nichts anderes als die jedem Rechtsdenken diametral zuwiderlaufende Aufforderung, dem Räuber seine Beute zu lassen, solange er sie nur längere Zeit in seiner Gewalt gehabt und sich ihrer zunehmend bedient habe.“ — Ja hat nicht Preußen etwas über 120 Jahre lang einwandfrei polnisches Gebiet in seiner Gewalt gehabt und sich seiner zunehmend bedient? Gewiß, das Polen von damals ging nicht justament bis zur Oder-Neiße-Linie, nicht einmal überall bis zu den durch das Versailler Diktat gezogenen Grenzen. Aber die damaligen Grenzen sind nicht von den Polen, sondern von *Hitler* durch seinen fehlgeschlagenen Gewaltstreich geändert worden!

Dieser Umstand entwertet nun leider auch den deutschen Appell an das Völkerrecht in bedrückender Weise. Jetzt, nachdem in zwei an Siegen reichen, aber *verlorenen* Weltkriegen mit kaum noch zu zählenden Vertrags- und Neutralitätsbrüchen die Rechnung danebengeht, steht es uns Deutschen am wenigsten an, uns als Apologeten des Völkerrechts aufzuspielen.

Unwissenschaftlich ist es, wenn man einen auf die Rückgliederung vorläufig oder endgültig verlorener Gebiete gerichteten Anspruch einfach mit der Wiedervereinigungspolitik gleichsetzt. Die Wiedervereinigung mit der heutigen Ostzone gründet sich auf die selbst von Moskau anerkannte Tatsache, daß auch dieses Gebiet deutsch ist. Sachlich gilt oder galt das auch für den größten Teil der entrissenen Ostgebiete. Der Versuch ihrer Rückgewinnung hat zwangsläufig Auseinandersetzungen mit unseren östlichen Nachbarn zur Folge, die auf einer ganz anderen Ebene liegen als die Wiedervereinigung. Übrigens steht, was auch in meiner Rezension hervorgehoben wurde, das Streben nach irgendeiner Verständ-

igung mit Polen direkt im Dienste der Wiedervereinigung — es soll ja Polens Widerstand gegen ein einheitliches Deutschland zurückdämmen helfen. Davon hat Marzian in seiner Antwort überhaupt nicht Kenntnis genommen.

Bleibt das Beharren auf einem — politisch wirkungslosen — Rechtsstandpunkt in der Hoffnung auf die Dynamik der politischen Entwicklung. Daß Machtverhältnisse sich ändern, ist eine so banale Feststellung, daß man sich höchstens noch darüber wundern kann, weshalb man dafür überhaupt ein wissenschaftlich klingendes Fremdwort braucht. Aber man kann auch innerhalb solcher Wandlungen eine versöhnliche, wenn nicht freundschaftliche Zusammenarbeit suchen — Verträge werden ja auch im Privatleben häufig, wenn sich ihre Voraussetzungen geändert haben. Mir persönlich klingt das Wort „politische Dynamik“ in diesem Zusammenhang sehr hart in den Ohren. Zwölf Jahre lang hörte ich es in Ungarn. Von der „Dynamik“ erwarteten die Magyaren die Wiederherstellung des Stefansreichs, das im Diktat von Trianon auf ein Drittel seines Umfangs reduziert worden war. Dynamik, nun wieder in klare Sprache gebracht, bedeutete für sie das Machtstreben eines *Hitler* und *Mussolini*. Was daraus für Ungarn wurde, habe ich in meiner Rezension gesagt. Aber wenn sich deutsche Hoffnungen daran knüpfen sollten, daß *Mao Tse-tung* uns von den Russen Ostpreußen, von den Polen andere Ostgebiete und von den Tschechen Deutsch-Böhmen zurückholt, dann kann man wirklich nur den Kopf schütteln.

Als erwünscht bezeichnete ich die Diskussion. Besser ist es schon, wir reinigen ohne äußeren Druck unsere Vorstellungen von den Schlacken einer noch nicht verwundenen Vergangenheit, als wir überlassen die Gehirnwäsche anderen, die weniger zart mit uns umgehen.

*Artur Saternus*

#### Die Mörder sind in uns — Zu „Auschwitz und Nagold“

*Manfred Kuhns* Aufsatz „Auschwitz und Nagold“ (Heft 3/1964) scheint eine Reihe von Lesern empört zu haben, die ähnlich wie *Dieter Pritzsche* (Heft 5/1964) meinen, aus dem Artikel spreche „ein blinder Haß gegen den Soldaten“; was hier unter dem Blickpunkt psychologischer Erkenntnisse festgestellt werde, grenze an Demagogie; keinesfalls könne man die Typen, die sich in den KZ-Henkern verkörpern, mit den verurteilten Nagolder Ausbildern gleichsetzen.

Gewiß spricht aus diesen Stimmen Ablehnung der Nazi-Verbrechen. Gewiß spricht aus ihnen jedoch auch Unverständnis

für die eigentliche Problematik des Verbrechens überhaupt und der Kollektivverbrechen im besonderen. Unsere Kultur trägt immer noch repressiven Charakter. Die veraltete Organisation unserer Gesellschaft determiniert individuelle und soziale Konflikte im Streben nach Bedürfnisbefriedigung und freier Selbstverwirklichung. Nicht der „Plan der Schöpfung“, sondern die unterdrückenden Gehalte unserer Kultur verhindern, daß wir Menschen glücklich werden. Überhöhte Leistungsanforderungen, unnötig erzwungener Triebverzicht stärken Aggressionsneigungen und Tendenzen zur Selbsterstörung. Dafür zeugen nicht nur die hohen Unfallziffern, die Gleichgültigkeit gegen atomare Rüstung, dafür zeugt auch die Beliebtheit des „schwarzen Humors“, anti-erotischer Filme wie das „Schweigen“, die autoritäre Grausamkeit der comic-stripes, die kaum etwas gemein hat mit der anti-autoritären Grausamkeit alter Volksmärchen. Es spricht wenig gegen *Freuds* Annahme, daß das Unbewußte im Menschen gegen die Vorstellung des eigenen Todes ebenso unzugänglich, gegen den Fremden ebenso mordlustig, gegen die geliebte Person ebenso zwiespältig sei, wie das Unbewußte der Menschen der Urzeit.

So kommt es, daß nur zu leicht die Kulturauflagerungen abgestreift werden, die viele von uns nur widerwillig als „Kulturheuchler“ mit sich tragen. Daher gehört zum Kampf gegen Verbrechen auch die bittere Einsicht des eigenen Gefährdetseins. Erst wenn wir der Anlage zur Asozialität, zum Mord in unserem Unbewußten bewußt werden, können wir uns wirksam vor der Verführung zum Verbrechen schützen. Es ist kein Zufall, daß ein großer Anteil der Mörder, die verurteilt werden, nicht aus den Gruppen der Berufsverbrecher, der Vorbestraften kommen. Und es ist kein Zufall, daß die meisten der Nazi-Verbrecher vor 1933 und nach 1945 als brave Kleinbürger unter uns lebten und leben.

Wer von uns kann wirklich sagen, was ihn davor bewahrt hat, zu jenen zu gehören, die heute angeklagt werden?

Die Mörder sind in uns, vermute ich. Deshalb nehme ich die Vorfälle in Nagold ebenso ernst wie Manfred Kuhn und meine, wir sollten wachsam gegen uns selbst und wachsam gegen unsere Zeitgenossen sein. In „*Minima Moralia*“ schreibt *Adorno*: „Das Zufallsgespräch mit dem Mann in der Eisenbahn, dem man, damit es nicht zu einem Streit kommt, auf ein paar Sätze zustimmt, von denen man weiß, daß sie schließlich auf den Mord hinauslaufen müssen, ist schon ein Stück Verrat.. .“ An diese Worte erinnerte ich mich unter anderem, als ich mich an meinen Schreibtisch setzte, um diese Zeilen niederzuschreiben.

*Dr. Wilfried Gottschalch, Berlin*